Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3.10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 11 | Halver, Sonnabend, den 13. Januar | 1951

Beratungen mit allen Gewerkschaftsvorsitzenden

DGB-Bundesausschuß billigt Streikdrohung

Gelder für Kampfmaßnahmen bereitgestellt - „Keine Patentlösung in der Mitbestimmung"

de. Düsseldorf, 12. Januar

Der Bundesausschuß des DGB erörterte am Freitag unter dem Vorsitz Dr. Böcklers die augenblickliche Situation um die Mitbestimmung. An den Beratungen des Ausschusses, dem die Vorsitzenden aller 16 Gewerkschaften und sämtlicher Landesbezirke des DGB angehören, nahm auch Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen teil.

Die Mitglieder des Bundesausschusses stellten fest, daß die Maßnahmen der IG Metall und Bergbau unterstützt werden müßten, da alle Bemühungen zur Erreichung einer tragbaren Regelung ohne Erfolg geblieben seien. Der Bundesausschuß ersuchte die Hauptvorstände der Gewerkschaften, die notwendigen Barmittel zur Durchführung des Kampfes bereitzustellen, sowie die Mittel aus dem Solidaritätsfonds für den Kampf um die Mitbestimmung einzusetzen. Der Bundesausschuß wird prüfen, wann die geplanten Maßnahmen einzustellen sind und was als Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen anzusehen ist.

Das über die Sitzung herausgegebene Kommuniqué des DGB ist weder enttäuschend noch ermutigend. Man war sich — auch in Bonn — darüber klar, daß die Streikurabstimmung bei IG Metall und die noch folgende Abstimmung bei IG Bergbau keine „leere Drohung" sein würde, die nun ausgesprochen wurde, um auf die Bundesregierung einen Druck auszuüben. Die Fronten haben sich — das muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden — so scharf abgezeichnet, daß keiner der Beteiligten, weder die Arbeitnehmer, noch die Unternehmer, geschweige denn die Bundesregierung, mehr das Mittel der „scharfen Sprache" anwenden kann, ohne sich der Gefahr auszusetzen, neue Mißverständnisse zu schaffen, an denen gerade die bisherigen Gespräche über das Mitbestimmungsrecht so reich waren.

Der DGB trifft alle notwendigen Kampfvorbereitungen, wenn auch Dr. Böckler am Donnerstag noch mit dem Bundeskanzler sehr eingehend den ganzen Fragenkomplex erörtert hat. Man sollte auch in Bonn diesen Komplex nicht unter dem Druck der gewerkschaftlichen Drohung allzusehr auf die Formel „Gewerkschaften oder Parlament" bringen, sollte überhaupt angesichts der fast kaum noch zu lösenden Situation darauf verzichten, eine „Patentlösung" zu suchen, die vorerst kaum erreichbar ist.

Wenn von Seiten der Bundesregierung immer wieder, zuletzt noch am Freitag, die Hoffnung ausgedrückt wurde, daß doch noch eine friedliche Lösung gefunden werden könne, so wird diese Hoffnung sicherlich auch in Gewerkschaftskreisen geteilt. Man wird jetzt aber in Bonn davon Notiz nehmen müssen, daß die Gewerkschaften Gewehr bei Fuß stehen. Das Tempo jedenfalls, das bisher von den Bonner Instanzen eingehalten wurde, wird erheblich beschleunigt werden müssen, wenn es nicht doch noch zum Kampf kommen soll.

„Gewerkschaften schadenersatzpflichtig"

dl. Bonn, 12. Januar

Auf Befragen erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, daß die in der Presse verbreitete Nachricht von dem Vorschlag der Industrie zum Mitbestimmungsrecht jeglicher Grundlage entbehre. Weder der Bundesverband noch sein Präsident hätten die Absicht einzugreifen.

In einem Gutachten für die Arbeitgeberverbände bezeichnet der Münsteraner Professor für Rechtswissenschaft einen Streik für unzulässig, da eine Gesetzesänderung notwendig sei und er einen Druck auf die Gewissensfreiheit der Abgeordneten ausübe. Da ein Streik außerdem gegen die guten Sitten verstoße, seien die Gewerkschaften schadenersatzpflichtig.

Die Exportwirtschaft sieht die möglichen Rückwirkungen eines Streiks in der eisenschaffenden Industrie als außerordentlich ernst an. Es würden Ausfuhren im Werte von 430 Millionen DM gefährdet werden, eine Zahl, die sich noch durch Auswirkungen auf andere Industrien erhöhe.

Nie wieder Galgen in Deutschland!

SPD: Landsberg-Intervention gilt nicht Personen

dmt. Bonn, 12. Januar

Professor Carlo Schmid hat im Namen des SPD-Vorstandes dem Herausgeber der „Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung" mitgeteilt, daß die SPD-Abgeordneten sich zu der Intervention beim amerikanischen Hohen Kommissar für die Landsberg-Häftlinge lediglich durch die Tatsache veranlaßt gesehen hätten, daß in Deutschland die Todesstrafe abgeschafft sei, daß sich die SPD gegen ihre Wiedereinführung wende und daß sie grundsätzlich in Deutschland nicht wieder Galgen aufrichten lassen wolle. Nur der Gedanke, ein Beispiel für Humanität zu geben, habe die SPD-Abgeordneten zu der Bitte veranlaßt, auf die Vollstreckung der Todesurteile selbst an diesen abscheulichen KZ-Verbrechern zu verzichten, von denen keiner als Person Gnade verdiene.

Auch der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) nimmt zu der Forderung, die Landsberger Todesurteile aufzuheben, Stellung. Auch er meint, nach 5 Jahren solle kein Todesurteil mehr vollstreckt werden, aber es sei nicht notwendig, mit der Forderung auf einen Verzicht auf die Vollstreckung der Todesurteile einen Angriff auf die Nürnberger Rechtssprechung und gegen die Demokratie zu verbinden.

Nicht bewirtschaften, sondern lenken

Neue Phase der Bonner Wirtschaftspolitik — Kabinett braucht Vollmachten

dl. Bonn, 13. Januar

Der interministerielle Ausschuß des Bundeskabinetts, der mit der Beobachtung der Rohstofflage beauftragt ist, soll, wie wir hören, besondere Vollmachten erhalten, um ihn in die Lage zu versetzen, einem eventuellen „wirtschaftlichen Notstand" zu begegnen. Als sicher ist anzunehmen, daß es nicht bei der Bewirtschaftung der sogenannten rüstungswichtigen Rohstoffe bleiben wird, sondern eine Erfassung fast sämtlicher Rohstoffe vorgenommen werden muß, wenn in der verarbeitenden Industrie kein Chaos entstehen soll.

Die Rohstofflage wird nicht nur auf dem industriellen Sektor als prekär bezeichnen kann angeblich nur abgewendet werden, wenn es gelingt, einen Verbrauch für „nicht lebenswichtige" Zwecke zu verhindern. Der Bundestag scheint jedoch nicht willens, der Bundesregierung freie Hand zu lassen, sondern besteht auf einer parlamentarischen Regelung.

Die neue Phase der Wirtschaftspolitik wird, wenn nicht alles trügt, direkte Eingriffe der Bundesregierung in die Wirtschaft bringen. Wirtschaftspolitiker der Bundesregierung betonten immer wieder ihre feste Entschlossenheit, das marktwirtschaftliche Prinzip nicht aufzuheben, um etwa zur Zwangswirtschaft zurückzukehren. Konkret heißt dies, daß nicht bewirtschaftet, sondern gelenkt wird, daß nicht Bezugscheine ausgegeben und Kontingente zugeteilt werden, sondern daß die Konsumfreiheit des einzelnen unbeschnitten bleibt und nur innerhalb der Produktionssphäre mit Produktionsver- und -geboten und durch Vorratshaltung eingegriffen wird. Diese Lenkung allerdings soll wirklich effektvoll sein, dazu bietet das kommende Wirtschaftssicherungsgesetz die nötigen Handhaben.

Kirkpatrick verlangt unzweideutige Haltung

Seine Frage: Schließt Deutschland sich dem Westen an oder nicht?

dt. Hamburg, 12. Januar

Am Freitagabend befaßte sich der britische Hohe Kommissar Sir Ivone Kirkpatrick mit der augenblicklichen Haltung der deutschen Politik und erklärte, daß eine deutsche Politik, die auf Abenteuer ausginge, eine Politik, die versuche, eine Macht gegen die andere auszuspielen, vielleicht auf kurze Zeit gewisse Reize haben könne, aber zu einem katastrophalen Ende führen müsse. Sie würde Deutschland erneut die Feindschaft der ganzen Welt zuziehen und zum dritten Mal zu Deutschlands Vernichtung führen. Der Hohe Kommissar forderte daher von Deutschland eine unzweideutige Entscheidung, ob es sich den westlichen Nationen anschließen wolle oder nicht.

Kirkpatrick, der auf einer Veranstaltung des Ueberseeklubs sprach, bedauerte vor allem, daß die deutsche Oeffentlichkeit sich so wenig darum bemühe, den Standpunkt anderer zu verstehen oder die deutsche Politik mit der Politik einer anderen Macht in Einklang zu bringen. Er habe manchmal den Eindruck, als läge dem deutschen Volk nicht das Geringste daran, auch nur mit einer einzigen Nation besonders freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen.

Kirkpatrick gab seiner Zuversicht in die Organisation der atlantischen Völkergemeinschaft Ausdruck und erklärte, daß Großbritannien auch bereit sein würde, ein Abkommen mit den Schumanplan-Ländern abzuschließen, falls die Verhandlungen zu dem auch von Großbritannien erhofften Erfolg führen würden.

Im Anschluß an seinen Europavortrag beantwortete der britische Hohe Kommissar, Sie Ivone Kirkpatrick, einige Fragen wegen der Häftlinge von Werl. „238 Fälle sind es noch", sagte er hinzu, „und ich habe die Absicht, alle Fälle persönlich zu bearbeiten. Das erfordert freilich seine Zeit, da ich ja auch noch viele andere Dinge zu erledigen habe."

Helgoland-Aktion fragt an

In einem Telegramm an den britischen Kommissar weist die „Helgoland-Aktion" in Cuxhaven Sir Ivone Kirkpatrick auf die neuen Bombardierungen Helgolands hin und fragt ihn, ob er darin ein geeignetes Mittel zur Festigung der europäischen Gemeinschaft erblicke. Bombenabwurfplätze seien anderswo vorhanden. Der Hohe Kommissar wird in diesem Telegramm gefragt, ob er das Menschenrecht auf die Heimat nicht anerkenne.

Kirkpatrick: „Ich habe Hoffnung . . ."

Der britische Hohe Kommissar äußerte am Freitag vor Pressevertretern in Hamburg seine, wie er sagte, persönliche Hoffnung, daß Helgoland eines Tages wieder an seine alten Bewohner zurückgegeben werde. Das Problem, einen anderen Bombenzielort in der günstigen Lage Helgolands zu finden, müsse nicht nur von den Politikern, sondern auch von den Militärs gelöst werden. Außerdem müsse man dies auch mit den in Großbritannien stationierten amerikanischen Bomberverbänden abstimmen. Die vor kurzem zu Ende gegangene Helgoland-Demonstration spiele bei den Beratungen über das Schicksal der Insel keine Rolle.

Die Frauen von Landsberg

Eine Delegation des Bundestages hat mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy über die „Rotjacken" von Landsberg verhandelt. Das Schicksal dieser 28 zum Tode verurteilten Männer, die nun schon über fünf Jahre zwischen Verzweiflung und bangem Hoffen auf ihre Hinrichtung warten müssen, steht naturgemäß im Vordergrund der allgemeinen Anteilnahme des deutschen Volkes. Aber es ist kaum bekannt, daß in der Festung Landsberg auch Frauen festgehalten werden. Wir entnehmen einem Brief an die „Kasseler Post" folgende erschütternde Darstellung:

„Außer Spioninnen, die auf beiden Schultern trugen, und anderen zweifelhaften Elementen, regulären Kriminellen, mit denen sie zusammenleben müssen, sind dort etwa 12 oder 14 Frauen, die als politische Gefangene gelten. Es sind zwei Aerztinnen, die in Hohenlychen und anderswo assistierten, und Frauen, die durch Denunziationen der Aufstachelung zum Totschlag an feindlichen Fliegern in den grauenvollen Bombennächten bezichtigt wurden. Taten kann man keiner nachweisen, nur, daß sie, die halb wahnsinnig vom Feuersturm und den Bildern des Entsetzens waren, Schreie ausgestoßen haben. Es sind betagte Frauen darunter. Da ihre Wohnzellen auf den Männerbau gehen, sind die Fenster mit Milchglas abgedichtet oder aber mit engstem Maschendraht verdunkelt, und durch Aluminiumtüten abgeschirmt, so daß ihnen nur durch ein kleines Oberlicht der Himmel sichtbar wird."

McCloy hat erklärt, daß er nicht nur die Wünsche der deutschen Oeffentlichkeit, sondern auch die des Auslandes berücksichtigen müsse. Geht es hier um Wünsche allein? Wenn es einen Wunsch gibt, dann in erster Linie den, daß nach dem Recht entschieden werden möge, das die Westmächte für sich selber beanspruchen. Denn für zweierlei Recht ist keine Zeit mehr. (AZ)

Das andere Amerika

Von
Wolf Schenke

Isolationismus ist ein Schlagwort wie viele andere. Es teilt mit diesen anderen die Eigenschaft, komplizierte Dinge so einfach wie möglich auszudrücken, ohne daß dabei besondere Rücksicht auf Genauigkeit genommen wird. Schlagworte und Abstempelungen wie „Isolationist" werden als politische Kampfparolen benutzt, und wer sie ungeprüft annimmt, unterwirft sich — meist ohne es zu wissen — dem politischen Willen dessen, der sie anwendet. Die Isolationisten sind eine lange Zeit als für Amerika und für die ganze Welt verderblich bezeichnet worden. Sie waren ähnliche Sündenböcke wie „Reaktionäre" oder „Nazis". Jemanden als Isolationisten abzutun, wie das jetzt mit Senator Taft wegen seiner letzten Rede im Senat geschah, ist das beste Mittel, die Oeffentlichkeit daran zu hindern, die Aeußerungen des Senators mit Sorgfalt zu lesen, abzuwägen und sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Man muß die Rede des Senators aus Ohio, der vielleicht in wenigen Jahren Präsident der Vereinigten Staaten sein wird, im vollen Wortlaut lesen und sie dann mit den knappen Auszügen vergleichen, die die Nachrichtenagenturen darüber verbreiteten, um zu erfahren, daß einige seiner wesentlichsten Aeußerungen unterschlagen worden sind. Taft hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er nicht etwa daran denkt, Europa den Bolschewisten, sprich der Sowjetunion, zu überlassen. Er hat betont, die Sowjetunion müsse wissen, daß ein machtpolitisches Uebergreifen auf die noch von der sowjetischen Herrschaft freien Gebiete Europas den Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeute. Er ist also nicht, wie der Anschein erweckt wird, für die Preisgabe, das „Abschreiben" Europas eingetreten.

Nur unterscheidet sich Senator Tafts politische Linie von der seit 1947 verfolgten amerikanischen Politik dadurch, daß er andere Wege zur Erhaltung des Friedens gehen will als diejenigen, die durch „Truman-Doktrin" und Achesons „totale Diplomatie" gekennzeichnet sind. Tafts Rede ist die erste Anerkennung der tatsächlichen Weltlage durch einen führenden Amerikaner seit vielen Jahren. Es zieht sich durch seine Ausführungen eine manchmal etwas hausbackene, in jedem Falle aber anerkennenswerte Vernunft, eine nüchterne Einschätzung der eigenen Möglichkeiten. Sie ist der Versuch, eine Politik, die sich in ihrem Tempo zu überschlagen und in ihr Gegenteil zu verkehren drohte, zu bremsen. Die Erkenntnis, die der Senator mit den folgenden Worten aussprach, das wirklich Neue an dieser programmatischen Aeußerung eines maßgeblichen amerikanischen Politikers, ließen die Nachrichtenagenturen in ihren Meldungen vollkommen unter den Tisch fallen: „Das Hauptziel der Außenpolitik der Vereinigten Staaten liegt darin, die Freiheit unseres Volkes zu erhalten. Ihre Aufgabe ist nicht, die ganze Welt zu reformieren oder Lieblichkeit, Licht und wirtschaftliches Wohlergehen Völkern zu bringen, die seit Jahrhunderten gelebt und an ihrer eigenen Rettung nach ihren besten Kräften gearbeitet haben."

Diese Aeußerung Tafts ist die Absage an den ideologischen Missionseifer, der seit dem ersten Weltkriege die amerikanische Politik bestimmt hat und der in zwei für die Welt so verhängnisvollen amerikanischen Präsidenten wie Wilson



„Hoffentlich läuft dieser Film nicht rückwärts"

Die Seite der Heimat

Halver, den 13. Januar 1951

Johanna und die Grippe

Es handelt sich nicht um Johanna Schulte oder Hannchen Noelle, sondern um die Johanna von Orléans, also um jene Jeanne d'Arc, von der Sie vielleicht noch wissen (wenn Sie damals nicht gerade in der Schule gefehlt haben), daß sie vor mehr als fünfhundert Jahren in Männertracht und mit Schwert und Fahne durch das von den Engländern besetzte Frankreich zog und mit den ihr begeistert folgenden Patrioten die Stadt Orléans befreite. Erst neunzehn Jahre alt, wurde sie dann — Tragik und Undankbarkeit sind keine Erfindungen unserer Epoche — auf dem Marktplatz von Rouen als Ketzerin verbrannt.

Wir sahen jüngst einen Farbfilm von diesem schier einmaligen dramatischen Vorwurf. Mit Ingrid Bergmann, der Berühmten.

Auch ich sah den Film. Ich hätte ihn auch gern gehört. Vollständig und schlackenfrei. Aber als das Bauernmädchen Johanna alle Welt beschwor, sie zum Dauphin nach Chinon zu lassen, um Frankreich in letzter Stunde zu retten, raunte es hinter mir: „. . . und da kam sie nach Haus und hatte ganz heiße Backen. Ich hab' mir natürlich gleich mein Teil gedacht. Nichts wie ns Bett . . ." Eine zweite Stimme zischte wie ein Radioapparat, der unsauber eingestellt ist: „Grippe?" — Die Raunende, mit bassaler Grundlage: „N'türlich, hab' ihr sofort die Temperatur gemessen. Fast neunundreißig . . ."

„Wieviel?"

„N—e—u—n—u—n—d—d—r—e—i—ß—i—g!"

„O—o—och!"

Die Unterhaltung erstirbt. Johanna hat inzwischen ihren Dauphin gesprochen und ruft nun das Heer der Freiwilligen. Hinter mir zischt es: „Schlimm jetzt mit der Grippe. Bei Kiebelangs liegen auch beide Kinder." Die Raunende: „Ja, lieber einen Tag länger aus der Schule wegbleiben. Karlheinz kröchzt auch so verdächtig . . " Johanna säubert inzwischen das Land von den Engländern und führt den Dauphin zur Krönung nach Reims. Das gibt im Hintergrund zu einem längeren Modegespräch Veranlassung. Ich konnte ihm nicht folgen, war einfach zu dumm dazu.

Ja, ich spürte sogar ein bißchen Dankbarkeit, als sich bei den Gefängnisszenen und angesichts der leidenden Johanna die beiden Damen zur Grippe zurückfanden. „Nehmen Sie auch des neumod'sche Zeug aus der Apotheke?" Die Raunende beruhigte: „I wo, ich bin für die alten Hausmittel, Brusttee mit ordentlich 'nen paar Löffel Honig drin . . ."

Worauf Jeanne d'Arc den bitteren Weg zum Scheiterhaufen antrat . . .

Charly

Halver

Schutzdecken wurden eingezogen

Die Bauten in der Lütgenheide und am Oesterberg konnten seinerzeit aus kriegsbedingten Gründen keine Schutzdecken für die oberen Stockwerke erhalten. Dem Uebelstand wurde in den vergangenen Tagen abgeholfen. In der Lütgenheide wurden die Arbeiten bereits beendet, am Oesterberg werden sie bald beginnen. Wenn sie abgeschlossen sind, wird kein Schornsteinfeger mehr plötzlich durch die Decke in die Tiefe sinken und die Anstreicher können ohne Furcht, irgendwann ein Bein aus dem Fußboden ziehen zu müssen, an ihre Arbeit gehen.

Katholische Volksschule baut weiter

Nachdem bei dem einsetzenden Schneefall die Bauarbeiten an der katholischen Volksschule in den letzten Wochen eingestellt waren, sind die Arbeiten gegenwärtig wieder aufgenommen worden. Zur Zeit wird daran gearbeitet, das geplante weitere Stockwerk aufzusetzen.

Auch ein Vorschlag !

Der verkehrsmäßig stiefmütterlich behandelten Straße nach Oberbrügge und den hier gelegenen Ortschaften täte außer der Bahnverbindung eine Buslinie in beiden Richtungen sehr not. Hier liegt doch noch manches im argen. Die Mark-Sauerland Kraftverkehrsgesellschaft befährt ihre Linien nach Lüdenscheid auf verschiedenen Strecken. Einmal fahren die Wagen durch die Elspe, zum anderen auch durch die Lösenbach. Wie wäre es, wenn wenigstens zwei Wagen der Strecke Lüdenscheid—Radevormwald täglich ihren Weg über Oberbrügge nach Halver nehmen würden? Auf diese Weise wäre die Rentabilität kaum in Frage gestellt und den Anwohnern der Straße geholfen.

Der Erste von rechts !

Kein Gegenstück zu dem Film ähnlichen Titels, nein, mitten in Halver steht dieser beklagenswerte Zeuge menschlicher, insbesondere motorbesessener Unzulänglichkeit. Gleich in der Hermann-Köhler-Straße dort, wo die Straße nach dem Jägerhaus sich in verwegenen Kurven um eine Hecke schlängelt, steht dieses arme Opfer jener, welche diese Kurve nicht zu bewältigen vermochten. Der erste Straßenbaum, ein an sich ganz unschuldiger Rotdorn ist es, dem wir hier einmal das Wort reden wollen. Immer wieder erwählen ihn schnelle, allzu eilige motorisierte Zeitgenossen zum Prellbock ihrer Hast, wenn sie wieder einmal versuchen, aus ihrer Zeit durch unheimliche Kilometerzahlen blanke Münze zu schlagen. Wie manchen dieser Benzinrösser hat er schon vor einer näheren Bekanntschaft mit der nahen Mauer bewahrt? Schon deshalb geböte es der Anstand, ihm ein Denkmal zu setzen; einstweilen steht er aber da in bemerkenswerter Schräglage an seiner Ecke und bekommt Narbe auf Narbe, wird schief und schiefer, bis es eines Tages einem Lastwagen gelingen wird, ihn ganz umzuwerfen . . .

Endlich verschwindet der letzte Weihnachtsschmuck

Am heutigen Samstagmorgen haben sich unsere Gemeindearbeiter darangegeben, den letzten Weihnachtsschmuck, die großen Tannen an der Leye, am Kirchplatz und an der von-Vincke-Straße zu entfernen.

Das rollende Filmband

Einen Arthur-Maria-Rabenalt-Film „Anonyme Briefe", nach dem gleichnamigen Roman von Annemarie Artinger gedreht, zeigen die Lichtspiele Karlshöhe zum Wochenende. — In den ausgewogenen Alltag junger Menschen — eine Berliner Schauspielschule steht im Mittelpunkt dieses Geschehens — bringen anonyme Briefe Mißtrauen und Unzufriedenheit. Ein heiterer Film voller seelischer Bewegung und erotischer Spannung — kriminalistisch angehaucht — ist erfüllt vom Wirbelwind einer Mädchenklasse dieser Schauspielschule. Durch die Mitwirkung von Käthe Haack, Tilly Lauenstein, O. E. Hasse, Petra Peters und vielen anderen glätten sich die Wogen zu einem guten Ende.

Glörfeld

Ehre dem Alter

Bauer Robert Hülsmann, Glörfeld, kann am Dienstag, dem 16. Januar, sein 77. Lebensjahr vollenden. Die Heimatzeitung gratuliert!

Schalksmühle

Hohenzollernschule hat keine Kohlen

Da die Hohenzollernschule über keine Kohlen mehr verfügt, können die Unterrichtsräume nicht mehr geheizt werden. Die Lehrstunden werden in der Turnhalle der Mittelschule und im Konfirmandensaal durchgeführt.

SGV stellte 45 Bänke auf

Im Lokal Husser fand die Jahreshauptversammlung des SGV, Abteilung Schalksmühle, statt. Eingangs begrüßte der 1. Vorsitzende Ernst Schmermbeck die zahlreich erschienenen Gäste. Die Berichte der Fachwarte zeigten, daß im verflossenen Jahr positive Arbeit geleistet wurde. Allein 45 neue Bänke wurden aufgestellt, die dem Schutze des Publikums empfohlen werden. Die nach den Satzungen ausscheidenden Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Außerdem wurden für den erweiterten Vorstand Ergänzungswahlen vorgenommen.

Kierspe

Sprechstunde für Körperbehinderte

Eine öffentliche Sprechstunde für Körperbehinderte wird am kommenden Mittwoch, dem 17. Januar 1951, vormittags um 8,30 Uhr im Gasthof Hefendehl, Wildenkuhlen, abgehalten. Die Beratung wird durch einen Facharzt für Orthopädie erfolgen.

Rönsahl

Kapelle soll errichtet werden

Die kath. Kirchengemeinde Marienheide erwarb in Rönsahl, und zwar an der Bundesstraße, nach Ohl hin, ein Grundstück. Es ist beabsichtigt, auf diesem Grundstück für die Katholiken der Gemeinde Rönsahl einschl. Ohl und Gogarten eine kleine Kapelle zu errichten, die etwa 200 Personen aufnehmen kann. Die Vorarbeiten wurden in Angriff genommen.

Seltener Anblick

Einen seltenen Anblick hatten Passanten auf der Bundesstraße zwischen Rönsahl und Ohl, als kurz vor Mittag ein schwerer Keiler, sein Gewicht wurde auf etwa 2½ Zentner geschätzt, quer durch die Felder auf der Straße erschien. Es schien ihm aber nicht ganz geheuer zu sein, denn nach einigen Minuten drehte er ab und verschwand in einem etwa 200 Meter entfernten Tannenwald.

Die Bilanz für 1950:

Umsatz der Halverschen Geldinstitute: 195 Mill. DM

Ein Spiegel des Halverschen Wirtschaftslebens — Erheblich ansteigende Tendenzen bei der Amts-Sparkasse und der Spar- und Darlehnskasse

Geldinstitute sind ein deutlicher Spiegel der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gemeinwesens. Aus ihren Bilanzen und Tätigkeitsberichten läßt sich unschwer ablesen, ob das Wirtschaftsleben im allgemeinen und besonderen eine Belebung erfährt, stagniert oder eine absinkende Tendenz zeigt. Ein- und Auszahlungen, Sparguthaben und Kreditbewegungen von Banken und Sparkassen sind das untrügliche Barometer, von dem sich Gesundung oder Niedergang der staatlichen und kommunalen wie privaten Wirtschaft, die ja unlösbar miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind, nur zu deutlich ablesen lassen.

Dieses gilt natürlich auch für unsere heimischen Geldinstitute, die Amtssparkasse Halver mit ihrer Hauptstelle in Halver und ihrer Zweigstelle in Schalksmühle, sowie der Spar- und Darlehenskasse eGmuH, Halver. Ihre Geschäftsentwicklung zeigte am Ende des vergangenen Jahres gegenüber 1949 eine zum Teil erheblich ansteigende Tendenz, was umso beachtlicher ist, wenn man die Rückschläge durch die politische Entwicklung in den letzten sechs Monaten mit in Rechnung stellt.

Die Bilanz der Amts-Sparkasse

Die Spar- und Giroeinlagen stiegen im Jahre 1950 gegenüber dem davorliegenden Jahre erheblich an. Während Ende 1949 der Spareinlagenbestand 1 140 000 DM betrug, erhöhte sich dieser im vergangenen Jahre auf 1 370 000 DM. Dieser Spareinlagenzuwochs in Höhe von 230 000 D-Mark dokumentiert die wieder stärker werdende Sparfreudigkeit der heimischen Bevölkerung. Den Sparern konnten im vergangenen Jahre insgesamt 22 000 DM an Zinsen gutgeschrieben werden. Noch stärker war die Zunahme bei den Giroeinlagen. Am 31. 12. 1950 wurde ein Giroeinlagenbestand von rund 1 500 000 DM ausgewiesen, gegenüber dem Jahre 1949 von 1 070 000 DM. Es ist also hier ein Einlagenzuwachs von 430 000 DM zu verzeichnen. Am Ende des vergangenen Jahres hatte unsere Amts-Sparkasse also einen Einlagenbestand von insgesamt 2 870 000 DM zu verwalten und konnte dadurch die erfreuliche Bilanz ziehen, daß die Gesamteinlagen in einem Jahre um rund 660 000 D-Mark gestiegen waren.

Einlagenzuwachs kam der heimischen Wirtschaft zugute

Dieser Einlagenzuwachs wurde so weit wie möglich der heimischen Wirtschaft zugeführt, so daß im vergangenen Jahre 325 Kreditanträgen entsprochen werden konnte. Die Kreditbereitstellung verteilt sich in der Hauptsache auf die Industrie, den Handel, das Handwerk und die Bauernschaft. Aber auch die übrigen Berufsgruppen sind dabei vertreten.

Ausgeliehen waren Ende 1950 an Kontokorrentkrediten 700 000 DM, an Darlehen 130 000 DM und an Hypotheken 250 000 DM. An neuen Hypotheken wurden für den Wohnungsbau 81 000 D-Mark, für die Landwirtschaft 23 000 DM und für sonstige Zwecke 36 000 DM zur Verfügung gestellt. An Flüchtlingsdarlehen wurden 60 000 D-Mark vermittelt. Kommunalkredite wurden nicht in Anspruch genommen. 13 Bausparverträge der Westfälischen Landesbausparkasse wurden mit zusammen 193 000 DM vorfinanziert oder die Vorfinanzierung zugesagt. An Wechseln wurden 1200 Stück mit einem Gesamtbetrag von 813 000 DM diskontiert.

Schließlich verwaltet die Sparkasse noch 300 Umstellungsgrundschulden aus früheren Sparkassenhypotheken und 110 Umstellungsgrundschulden aus Privathypotheken mit insgesamt 1 615 000 DM.

287 000 Buchungsposten

Noch einige weitere Zahlen mögen die rege Bank- und Sparkassentätigkeit unserer Amts-Sparkasse, die bekanntlich seit 1843 besteht, beleuchten. Die Umsätze auf beiden Seiten des Hauptbuches beliefen sich im vergangenen Jahre auf 180 Millionen DM, die Zahl der Buchungsposten stieg auf 287 000. Gerade diese Zahlen legen dar, daß das Kapital heute sehr rasch bewegt wird. Der Sparkasse wurden im Jahre 1950 41 800 Schecks auf fremde Geldinstitute mit insgesamt 18 Millionen DM zum Eingang übergeben. Auf Grund des am 1. 10. 1949 in Kraft getretenen Wertpapierbereinigungsgesetzes wurden bei der Sparkasse 168 Wertpapiere mit einem Nominalwert von 850 000 RM angemeldet.

Rund 200 neue Sparbücher

Die eingangs erwähnte ansteigende Sparfreudigkeit der Bewohner des Amtes Halver — und damit ihre allmähliche wirtschaftliche Gesundung — geht auch daraus hervor, daß im Jahre 1950 rund 200 neue Sparbücher ausgestellt werden konnten, davon 60 bei der Zweigstelle in Schalksmühle.

Mit diesen Zahlen tritt deutlich die Aktivität der Amts-Sparkasse Halver in Erscheinung. Die Zahlen des Kreditgeschäftes beweisen, daß die zur Verfügung gestellten Gelder zur Belebung und Stärkung des heimischen Wirtschaftslebens beigetragen haben. Mit den wachsenden Einlagen wird die Amts-Sparkasse Halver auch im neuen Jahre zum Wohle der Bevölkerung im Amtsbezirk Halver helfen und dienen können.

Auch die Spar- und Darlehnskasse war aktiv

Die Spar- und Darlehnskasse eGmuH kann im nächsten Jahr auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken, wurde sie doch im Jahre 1902 ins Leben gerufen. Ihr Gründer und erster Vorsitzender war Bauer Fritz Benscheid, Othmaringhausen. Heute ist die Zahl der Genossen auf 340 angewachsen. Je zur Hälfte setzen sie sich einerseits aus Bauern und Landwirten, andererseits aus Handwerkern, Fabrikanten, Geschäftsleuten, Beamten, Arbeitern und Angestellten zusammen.

Für 198 000 DM Kredite ausgeworfen

Der Gesamtumsatz der Spar- und Darlehnskasse betrug im Jahre 1950 rund 15,5 Millionen D-Mark. Die Spareinlagen stiegen von 112 000 DM im Jahre 1949 auf 166 000 DM im vergangenen Jahr. Die Giroeinlagen erhöhten sich entsprechend von 274 000 DM auf 356 000 DM, d. h. um 82 000 D-Mark. An Zinsen wurden für die Sparguthaben im Jahre 1950 rund 4800 DM vergütet. Rund 50 neue Sparbücher wurden im vergangenen Jahre ausgegeben. An Krediten wurden 198 000 DM ausgeworfen, wobei fast alle Kredite aus Zinsersparnisgründen in laufender Rechnung abgewickelt wurden. Es wurden 85 Wechsel im Betrage von 54 000 DM diskontiert. Die von der Zentrale in Münster verwalteten Umstellungsgrundschulden beliefen sich auf 65 000 DM, die aus Privathypotheken auf etwa 7000 DM. Es liefen ferner 3550 Inkassoschecks im Gesamtbetrage von 2 160 000 DM durch.

50 000 Buchungsposten

Die Aktivität auch dieses zweiten Halverschen Geldinstitutes geht aus der Tatsache hervor, daß im vergangenen Jahre 50 000 Buchungsposten verzeichnet wurden. Die Wertpapierbereinigung schließlich sah 12 Posten mit 30 000 DM.

* *

So ergibt sich denn eindeutig aus den Jahresbilanzen unserer beiden Halverschen Geldinstitute die wirschaftliche Regsamkeit und allmähliche Gesundung der heimischen Bevölkerung. Ein Spiegel des Halverschen Wirtschaftslebens — das sind die vorgenannten Zahlen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die deutlich sichtbare belebende Tendenz nicht durch störende Einflüsse von außen unterbrochen wird.

Dr. Weg-

Kohlenmangel zwingt zur Schulschließung

Die größte Schule der Gemeinde Halver, die evangelische Volksschule, schließt heute ihre Pforten

Wenige Tage nach Beendigung der Weihnachtsferien sieht sich die Evangelische Volksschule Halver gezwungen, wegen Kohlenmangels mit dem heutigen Tage die Schule zu schließen. Sämtliche Bemühungen des Schulamtes, eine weitere Kohlenzuteilung zu erhalten, sind gescheitert. Darum bleibt kein anderer Weg übrig, als vorübergehend den Schulbetrieb einzustellen.

Natürlich ist man bemüht, eine Notlösung zu finden, um den Schülern wenigstens in Form von Kurzunterricht und durch vermehrte häusliche Arbeiten den anfallenden Stoff beizubringen, damit der Ausfall sich nicht zu stark auswirkt; auch soll in den Räumen der Mittelschule in den Nachmittagsstunden Unterricht erteilt werden. Jedoch sind dies auch nur Maßnahmen, die für wenige kurze Wochen helfen können. Man nimmt an, daß in den ersten Februartagen mit einer Kohlenzuteilung gerechnet werden kann, um dann den Schulbetrieb wieder in der bisherigen Form durchzuführen.

Die übrigen Schulen der Gemeinde Halver sind zum Teil ganz, zum Teil noch für einige Wochen mit Brennmaterial versorgt, so daß die Kohlennot sich vorerst nur bei unserer größten Schule auswirkt.

Hoffentlich haben die zuständigen Stellen recht bald ein Einsehen, daß man gerade unserer Jugend die erforderlichen Kohlen zuteilt, denn ein längerer Ausfall des Unterrichts an einer Schule dürfte sich für die Zukunft unserer Kinder sehr ernst auswirken.

Regennasse Straße war gefährlich

25 DM Geldstrafe für Verkehrsunfall kurz vor Anschlag auf der Straße Halver—Wipperfürth.

Am Nachmittag des 14. September gab es auf der Straße Halver — Wipperfürth kurz vor Anschlag einen Verkehrsunfall. Ein aus Richtung Wipperfürth kommender belgischer Kradmelder war mit einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden deutschen Lastzug zusammengestoßen. Die Verletzung, die der Belgier dabei erlitt, war gering; er kam mit einer Fingerquetschung davon. Aber da der Unfall nun einmal geschehen war, kam er zur Kenntnis der belgischen Militärpolizei. Die Genehmigung zur Durchführung des Verfahrens vor einem deutschen Gericht wurde von den belgischen Behörden erteilt, womit die rechtlichen Voraussetzungen für die gestern vor dem Lüdenscheider Schöffengericht durchgeführte Hauptverhandlung gegeben war.

Angeklagt war der 40jährige Kraftfahrer Josef K. aus Weißenturm bei Koblenz, der am Unfalltage den Lastzug geführt hatte. Der Angeklagte hatte am 14. September eine Fahrt von Koblenz nach Hohenlimburg durchgeführt und trat am frühen Nachmittag mit leerem Zug die Heimfahrt an. Nicht lange vor dem Unfall begann es zu regnen; gerade die Anfangsfeuchtigkeit erzeugt jedoch eine besonders gefährliche, eigenartige Glätte.

Belgier fuhr auf den Lastzug auf

In diesem Zustande also befand sich die Straße, als K. dazu ansetzte, einen kurz vor Anschlag auf der rechten Straßenseite parkenden Lieferwagen zu überholen. Im gleichen Augenblick sah er aus der weiter nach Anschlag zu befindlichen Kurve den belgischen Kradmelder auf sich zu kommen. Er bremste, um den Belgier, der die Vorfahrt hatte, vorbeizulassen.

Aber: obwohl er nur mit der an sich durchaus normalen Geschwindigkeit von ca. 35 km/std. gefahren war, rutschte er doch durch das Bremsen auf der regenglatten, zum Teil auch ölverschmierten Straße nach links ab und blockierte so die Fahrbahn des Belgiers. Dieser versuchte zwar noch, am äußersten linken Straßenrand an dem unvermuteten Hindernis vorbeizukommen (denn zum Bremsen war es für ihn zu spät), aber der Motorwagen des Lastzuges rutschte soweit nach links, daß dieser Versuch des Belgiers mißlingen mußte. Er fuhr auf den Motorwagen auf und zog sich dabei die schon erwähnte leichte Handverletzung zu.

Zu schnell bei der Regenglätte

Das Lüdenscheider Schöffengericht sprach den Angeklagten der Verkehrsübertretung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung schul-

Die Hintergründe der deutschen Kohlennot

Die Ruhrbehörde regiert — Kohlenzüge rollen — Auch deutsches Versagen

wl. Bonn, 12. Januar

Daß eines der kohlenreichsten Länder Europas seinen Bürgern nicht einmal ein warmes Zimmer und seiner Industrie keine ausreichende Energieversorgung bieten kann, ist wohl einer der klassischsten Beweise für die Verfahrenheit der sogenannten „europäischen" Wirtschaftspolitik. Man mag die Bundesregierung wegen angeblicher „Saumseligkeit" und eines unangebrachten Optimismus noch so sehr verurteilen, man kommt nicht über die Tatsache hinweg, daß die Internationale Ruhrbehörde, also eine alliierte Instanz, es ist, die für das Ausmaß der Kohlennot in allererster Linie verantwortlich zu machen ist. Wir scheinen manchmal zu vergessen, daß die Ruhrkohle uns ja gar nicht mehr gehört, daß sie vielmehr von einem alliierten Konsortium, genannt Ruhrbehörde, nach vorwiegend alliierten Interessen verteilt wird. Daran hat sich auch nach Korea und nach dem Beginn deutsch-alliierter Militärbesprechungen nicht das geringste geändert. Im Gegenteil, fast möchte es scheinen, als sei die Ruhrbehörde in ihrer Renitenz gegenüber allen deutschen Wünschen noch unnachgiebiger geworden.

Was ist eigentlich diese Ruhrbehörde?

Sie beruht auf dem Londoner Abkommen zur internationalen Verwaltung des Ruhrgebietes und setzt sich aus Vertretern Englands, Frankreichs, der USA, und der Beneluxstaaten zusammen. Die deutsche Bundesrepublik ist auf Grund des Petersbergabkommens vom 22. November 1949 der Ruhrbehörde beigetreten. Durch den Beitritt versprach sich die Bundesregierung eine bessere Mitwirkung bei allen das Ruhrgebiet betreffenden Fragen. Leider ist sie in dieser Erwartung bitter enttäuscht worden, nicht nur durch die Haltung der Behörde in der Kohlenfrage sondern auch in manch anderer Beziehung. Tatsächlich ist die internationale Ruhrbehörde ein Apparat, der gewisse feindselige Tendenzen nährt, die in der ersten Nachkriegszeit allenfalls noch ihre Berechtigung haben möchten, nicht aber heute, wo alliierte und deutsche Staatsmänner sich den Kopf darüber zerbrechen, wie so etwas wie eine europäische „Gemeinschaft" ins Leben gerufen werden kann. Die Ruhrbehörde aber „regiert" und dirigiert, verfügt über deutsches Nationalvermögen und hat allen deutschen Wünschen gegenüber taube Ohren. Sie ist tatsächlich die feindseligste alliierte Institution, die es zur Zeit im Bundesgebiet noch gibt.

Die Kohlenzüge rollen . . .

Während diese Behörde also regiert, dirigiert und verfügt, rollen unablässig die Kohlenzüge aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich, Holland Belgien, Italien. Das kann auch der Bundeskohlenkommissar nicht verhindern, von dem man seit seiner Bestellung kaum wieder etwas gehört hat. Es sei einmal die Frage aufgeworfen, was Dr. Sogemeier eigentlich verteilt oder, wie es in der gewählten Amtssprache in Bonn heißt, „koordiniert"? Am Freitag ist sich das Bundeskabinett zum erstenmal seit Wochen restlos darüber klar geworden, daß man auch deutscherseits versagt hat. Natürlich mindert das die Schuld der Alliierten in keiner Weise, die, auf ihrem „Recht" bestehen, auf der letzten Tonne Kohle die innerhalb der Quote liegt.

Man merkt hier wieder mit aller erschreckenden Deutlichkeit, daß Deutschland auch heute noch, fast sechs Jahre nach dem Kriege, auf seinem eigenen Grund und Boden nur ein sehr bedingtes Hausrecht hat und daß die Alliierten, wenn es um ihren Vorteil geht, die harte Sprache der Unnachgiebigkeit ausgezeichnet zu sprechen wissen.

„Sich einschränken und mehr arbeiten!"

Wirtschaftsbotschaft Trumans an den Kongreß — Höchste Steueranforderungen

dmt. Washington, 12. Januar

Präsident Truman stellte in seiner Wirtschaftsbotschaft an den USA-Kongreß fest, daß zwar die wirtschaftliche Stärke der freien Völker der Welt der ihrer Feinde überlegen sei, daß man aber dennoch die Kräfte keineswegs unterschätzen dürfe, über die der Kommunismus verfüge und die durch die großen Menschenreserven der Sowjetunion aufgebaut werden könnten.

Der Präsident stellte daher seine Botschaft unter die Parole: „mehr Steuern, mehr Arbeit und weniger Verbrauch"! Um die Wiederaufrüstung der USA durchführen zu können, müsse die kriegswichtige Produktion erheblich verstärkt, die Steueranforderung wesentlich erhöht und der Selbstverbrauch der Amerikaner eingeschränkt werden. Die Steuerforderungen Trumans, die sich im wesentlichen auf Gesellschafts-, Lohn- sowie Einkommensteuern erstrecken, übertreffen noch die Steuergesetzgebung der vergangenen beiden Jahre. Das heißt, sie gehen noch über die Erhöhung der Steuern um 8 Milliarden Dollar in den beiden Vorjahren hinaus.

Im einzelnen forderte Truman eine Regierungsmacht für Ausgaben und Anleihegewährung im laufenden und nächsten Rechnungsjahr in Höhe von 140 Milliarden Dollar. Dabei teilte der Präsident mit, daß die Ausgaben für Verteidigung und Auslandshilfe Ende 1951 eine Rate von 45 Milliarden Dollar jährlich erreichen würden. Die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft solle in den nächsten fünf Jahren um mindestens 25 Prozent erhöht werden, wobei in erster Linie an die Steigerung der Produktionskapazität für Stahl, Aluminium, Energie und andere kriegswichtigen Güter gedacht ist. Das setzt eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl in den für die Verteidigung tätigen Industrien um annähernd vier Millionen voraus, wobei auch an die Einstellung von Frauen und älteren Arbeitern gedacht ist. Im übrigen erwähnt die Wirtschaftsbotschaft Trumans Exportkontrollen, Maßnahmen zur Teilnahme an der internationalen Rohstoffverteilung sowie eine wirksame Lohn- und Preisstabilisierung.

Europa muß sich selbst helfen

dmt. Washington, 12. Januar

Präsident Truman gab im Anschluß an seine Wirtschaftsbotschaft den Lagebericht seiner Wirtschaftsberater. Darin heißt es unter anderem daß Europa den größten Teil seines Rüstungsbedarfs selbst aufbringen könne und solle. Besonders in Deutschland und Italien seien Arbeitskraft und Industriekapazität nicht voll ausgelastet. Das müsse durch eine Verlagerung von Aufträgen in diese Länder erreicht werden. Im übrigen müsse die Beschäftigtenzahl und die Arbeitszeit in ganz Westeuropa, ähnlich wie in den USA, gesteigert werden.

Ilja Ehrenburg unerwünscht

ll. Zürich, 12. Januar

Ilja Ehrenburg, dem Publizisten des Kreml, ist das Einreisevisum in die Schweiz verweigert worden. Selbst Schweizer, die sich von jeher mit allem Nachdruck dafür einsetzten, daß die Schweiz auch offiziellen Kommunisten die Einreise in die Schweiz gestatten soll, haben die Haltung der Behörden im Falle Ehrenburgs gebilligt, da Ehrenburg nach seinem letzten Besuch diffamierende Artikel über die Schweiz veröffentlicht hatte. Ehrenburg wollte an den Genfer Arbeiten des „Internationalen Rates der Friedenspartisanen" teilnehmen. Den anderen 26 Mitgliedern dieses Büros hat die Schweiz die Einreise gestattet. Die „Gazette de Lausanne" schreibt dazu: „Man schließt einem Gast gegenüber die Tür, der bei seinem ersten Besuch einen

Unsere letzte Funkmeldung:

Nur Fliegertätigkeit

dmt. Tokio, 13. Januar, 9.15 Uhr

Die Meldungen aus Korea sind knapp und spärlich, aus ihnen geht lediglich hervor, daß bei klarem Winterwetter am Sonnabend wieder stärkere Fliegertätigkeit über der Front von Wonju herrschte. Dabei wurden vor allem nach Süden marschierende Kolonnen der Kommunisten angegriffen. Auf Grund neuer Zensurvorschriften — die Luftstreitkräfte haben nunmehr ihre eigene Zensur — werden weitere Einzelheiten nicht bekanntgegeben.

Die Lage bei den Bodenstreitkräften scheint keine wesentlichen Veränderungen gebracht zu haben.

Dreck (ein Stück Sch.....) auf der Schwelle zurückließ."

Lohnerhöhung gefordert

dmt. Frankfurt, 12. Januar

Die Eisenbahner-Gewerkschaft fordert neue Lohnverhandlungen und verlangt, daß die bis Ende Januar befristeten Teuerungszulagen der Eisenbahner in den neuen Tarif eingebaut werden.

Die Gewerkschaft Oeffentliche Dienste, Transport und Verkehr verlangt eine zehnprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung sowie den Einbau der bisher gezahlten Zuschläge und Sonderzulagen in die Grundlöhne. Für Beamte sollen in Kürze ähnliche Forderungen erhoben werden.

England schränkte Zugverkehr ein

dpa. London, 12. Januar

Ueber 1490 Londoner Vorortzüge werden von kommender Woche an aus dem Verkehr gezogen. Auch in anderen Teilen des Landes wird der Zugverkehr eingeschränkt. Ueber 12 000 Tonnen Kohle sollen dadurch pro Tag eingespart werden.

Notfalls zweite „Invasion"

lo. Hamburg, 12. Januar

In einem Gespräch erklärte der Hamburger Landesvorsitzende des Bundes Europäischer Jugend, von Friedeburg, zu den neuen Bombardierungen Helgolands, diese ständen im Gegensatz zu den Zusagen offizieller britischer Stellen vom 4. Januar, während der laufenden Verhandlungen keine neuen Bombardierungen vorzunehmen. Falls die Bombardierungen fortgesetzt und die Verhandlungen verzögert würden, müßten neue Schritte unternommen werden, um das Augenmerk der Welt auf die kurzsichtige Besatzungspolitik zu lenken. Für diesen Fall würden alle technischen Vorbereitungen für eine zweite Invasion getroffen werden.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Verlobung danken wir, auch im Namen unserer Eltern, recht herzlich

Hiltraut Schönnenberg
Edmund Fastenrodt

Anschlag, im Januar 1951

Statt Karten!

Für die uns zu unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir allen, auch im Namen unserer Eltern, recht herzlich.

Ellen Seuster
Günter Büth

Halver, im Januar 1951.

Aerztlicher Sonntagsdienst
Kierspe-Rönsahl
Sonntag, 14. Januar 1951
Dr. Rentrop, Kierspe
Tel. Meinerzhg. 333

Einheirat
in erstkl. Textilunternehmen biet. Dame, 25 J., durch
Frau Romba
Eheanbahnungs-Institut
Dortmund, Wilhelmstr. 76, Tel. 21984
Montags geschlossen

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
Elektromotoren-Reparatur - Werkstatt
Gebr. Turck
Halver · Tel. 435

Landwirtschafts-Gehilfe
zum 1. Februar 1951 oder später gegen guten Lohn gesucht.
Werner Hevendehl,
Woeste, Post Anschlag
Tel Halver Nr. 109

Wir liefern Ihnen sofort: **MÖBEL**
ohne Anzahlung auf 1-6 Monate Ziel - Schlafzimmer bis 9 Monate Ziel
Lohn- oder Rentenbescheinigung mitbringen
Möbelhaus **HÖRICH**
Lüdenscheid - Altena
Schillerstr. 11 · Kirchstr. 28
Fordern Sie bitte Katalog und Preise an.



Schlachtpferde
kauft laufend zu guten Preisen.
Nutz- u. Schlachtviehhandlung
J. Bleses
Schalksmühle
Hälverstraße 23

Lichtspiele Karlshöhe
Samstag 20 Uhr
Sonntag 17 und 20 Uhr
Montag 20 Uhr
Ein Arthur-Maria Rabenalt-Film
„Anonyme Briefe"
Mitwirkende:
Käthe Haack, Tilly Lauenstein, C. E. Hasse, Petra Peters, Jeanette Schulze u. a.
Ein psychologisch äußerst interessanter Film – kriminalistisch angehaucht.
Wochenschau u. Beiprogramm

Junger
Industriekaufmann
perf. in Stenographie und Maschinenschreiben, Lohnbuchhaltung, Ein- und Verkauf, Korrespondenz usw. wünscht sich baldmöglichst zu verändern. Angebote unter Nr. 372 an Allgem. Anzeiger.

Geh zu Lauster, es lohnt sich.
Blaupunkt E 110 U DM 110.-
Anzhlg. DM 22.- u. 10 Raten à DM 10.18
Radio - Lauster K.-G.
Das moderne Funkhaus
Hagen, am Markt, Gartenstr. 2

Fabers-Bleistift-Spitzmaschine
DM 25.20
Bürobedarf
Wilh. Bell jr. Halver



ADLER
Schreibmaschinen
von DM 325.00 ab
Rechenmaschinen · Buchungsmaschinen
W. Quitmann – seit 1851
Hagen – Ruf 2022



